

**Schriften zum Internationalen Recht**

**Band 24**

**Das kanadische einheitliche Sicherungsrecht**

**Eine rechtsvergleichende Studie zur Reform des Mobiliarsicherungsrechts**

**Von**

**Dr. Fritz von Kenne**



**DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN**

**FRITZ VON KENNE**

**Das kanadische einheitliche Sicherungsrecht**

**Schriften zum Internationalen Recht**

**Band 24**

# Das kanadische einheitliche Sicherungsrecht

Eine rechtsvergleichende Studie zur Reform des Mobiliarsicherungsrechts

Von

Dr. Fritz von Kenne



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

Alle Rechte vorbehalten  
© 1981 Duncker & Humblot, Berlin 41  
Gedruckt 1981 bei Buchdruckerei Bruno Luck, Berlin 65  
Printed in Germany  
ISBN 3 428 04964 0

## Vorwort

Die Arbeit hat der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg im Wintersemester 1980/81 als Dissertation vorgelegen. Sie wurde für die Drucklegung aktualisiert. Rechtsprechung und Literatur sind bis zum 1. 3. 1981 berücksichtigt.

Die Abhandlung geht auf eine Anregung von Prof. Dr. Schlechtriem zurück. Er hat die Arbeit trotz vielfältiger anderer Belastungen betreut und durch Rat und Kritik gefördert. Dafür bin ich ihm sehr verpflichtet.

Berlin, im Juni 1981

*Fritz von Kenne*



# Inhaltsverzeichnis

<b>Einführung</b>	17
1. Kapitel	
<b>Das Mobiliarsicherungsrecht Ontarios     vor der Reform</b>	19
1. Historische Entwicklung, Regelungsbereich und Struktur der Gesetze zur Sicherung von Forderungen durch Mobiliarsicherungsrechte	19
1.1 Bills of Sale and Chattel Mortgages Act (BoSchM Act)	19
1.2 Conditional Sales Act (C.S.A.)	22
1.3 Assignment of Book Debts Act (A.B.D.A.)	23
1.4 Corporation Securities Registration Act (C.S.R.A.)	24
1.5 Bank Act und Sec. 88-Sicherheit	25
1.6 Sonstige	30
2. Das Verhältnis von Bundes- und Landesgesetzen	30
3. Rechtsinstitute des Mobiliarsicherungsrechts	32
3.1 Pledge	32
3.2 Chattel mortgage und bill of sale	35
3.2.1 Die gesicherte Forderung	37
3.2.2 Sicherungsgegenstände	38
3.2.3 Publizität der chattel mortgage	40
3.2.4 Abtretung der chattel mortgage und der equity des Sicherungsgebers	40
3.2.5 Verwertung der chattel mortgage	41
3.2.6 Wirksamkeit der chattel mortgage gegenüber anderen Rechten	43
3.2.6.1 Wirksamkeit der chattel mortgage bei ordnungsgemäßer Registrierung gegenüber Käufern, anderen Sicherungsnehmern und Vollstreckungsgläubigern	44
3.2.6.2 Wirksamkeit der chattel mortgage bei mangelhafter Registrierung gegenüber Gläubigern und nachfolgenden Erwerbenden	47
3.3 Conditional sale	50
3.3.1 Charakterisierung des Kaufs unter Eigentumsvorbehalt — Abgrenzung des conditional sale von der chattel mortgage	50
3.3.2 Conditional sale und hire-purchase agreement	52
3.3.3 Conditional sale und consignment (Kommissionsgeschäft)	53
3.3.4 Rechte von Vorbehaltskäufer und Vorbehaltsverkäufer	54
3.3.5 Publizität des Eigentumsvorbehalts	56
3.3.6 Realisierung des Kaufpreises durch den Verkäufer	57

3.3.7	Wirksamkeit des conditional sale gegenüber anderen vertraglich erworbenen Rechten .....	59
3.3.7.1	Wirksamkeit des conditional sale bei ordnungsgemäßer Publizierung .....	59
3.3.7.2	Wirksamkeit des conditional sale bei mangelhafter Publizierung .....	63
3.3.8	Wirksamkeit von chattel mortgage und conditional sale gegenüber Rechten, die anders als durch Rechtsgeschäft entstehen .....	65
3.4	Floating charge .....	70
3.4.1	Rechtsnatur .....	71
3.4.2	Abgrenzung der floating charge von chattel mortgage und assignment of book debts (Sicherungsabtretung) .....	72
3.4.3	Die Bestellung der floating charge .....	74
3.4.4	Die floating charge und die Rechte anderer Sicherungsnehmer und Vollstreckungsgläubiger .....	74
3.4.5	Die Verwertung der floating charge .....	76
3.5	Sicherungsabtretung von Forderungen .....	77
3.5.1	Grundsätzliches zur Forderungsabtretung. Abtretungsformen .....	77
3.5.2	Die Wirksamkeitsvoraussetzungen einer Globalzession ....	79
3.5.3	Mehrfache Forderungszession und Rechte von Vollstreckungsgläubigern bei ordnungsgemäßer Registrierung nach dem A.B.D.A. ....	81
3.5.4	Factoring .....	84
3.6	Equipment lease und equipment trust .....	85
3.6.1	Equipment leasing (equipment lease) .....	86
3.6.2	Equipment trust .....	88
3.7	Trust receipt (Treuhandquittung) .....	89
4.	Rechtliche und praktische Probleme der Finanzierung von Warenlagern .....	93
4.1	Finanzierung unter Verwendung des conditional sale .....	94
4.1.1	Forderungen als Surrogat .....	97
4.1.2	Chattel paper („Sicherungsrechtspapiere“) .....	98
4.1.3	Umlauffähige Wertpapiere und Geld als Surrogat .....	99
4.1.4	Bewegliche Sachen als Surrogate .....	100
4.2	Finanzierung unter Verwendung der chattel mortgage .....	100
4.3	Erweiterter Eigentumsvorbehalt .....	101

## 2. Kapitel

### **Art. 9 UCC als Modellgesetz für den OPPSA** 102

1.	Entstehungsgeschichte von Art. 9 UCC .....	102
2.	Gründe für die Schaffung von Art. 9 UCC .....	103
3.	Struktur und Grundprinzipien von Art. 9 UCC .....	104

3.1 Der Begriff des „einheitlichen Sicherungsrechts“ .....	104
3.2 Funktionale Differenzierungen .....	105
3.3 Entstehung und Vervollständigung des „einheitlichen Sicherungsrechts“ .....	108
3.4 Wirksamkeit des Sicherungsrechts gegenüber Käufern und Rangkonflikte konkurrierender Sicherungsrechte .....	111
3.5 Internationales und interlokales Privatrecht .....	116

3. Kapitel

**Der Ontario Personal Property Security Act**

1. Entstehung des OPPSA .....	117
2. Die Ursachen der grundlegenden Reform des Mobiliarsicherungsrechts	118
3. Das Verhältnis Art. 9 UCC — OPPSA .....	126
4. Grundprinzipien und Struktur des OPPSA .....	128
4.1 Formen des „einheitlichen Sicherungsrechts“ .....	129
4.1.1 Besitzloses und besitzverstärktes Sicherungsrecht .....	131
4.1.2 „Kaufgeldsicherungsrecht“ und „sonstiges Sicherungsrecht“	132
4.1.3 Die Auswirkung der Klassifizierung des Sicherungsgegenstandes .....	134
4.2 Anwendungsbereich des OPPSA im einzelnen .....	138
4.2.1 Sec. 2 OPPSA — Leasingverträge, Kommissionsgeschäfte und Forderungsabtretungen .....	138
4.2.2 Sec. 3 OPPSA .....	142
4.2.3 Das Verhältnis des OPPSA zu anderen Gesetzen Ontarios und zu Bundesgesetzen .....	143
5. Das einheitliche Sicherungsrecht des OPPSA .....	143
5.1 Entstehungsvoraussetzungen und Restriktionen .....	144
5.2 Die Vervollständigung des Sicherungsrechts .....	151
5.2.1 Vervollständigungsmethoden .....	152
5.2.2 Registrierungssystem und technische Formalitäten .....	154
5.2.3 Vervollständigung bei Surrogaten-Verlängerungsformen des Sicherungsrechts .....	157
5.2.4 Vervollständigung bei der Sicherung zukünftiger Forderungen .....	159
5.2.5 Entstehung und Vervollständigung einer floating charge ....	160
5.2.6 Abtretung des Sicherungsrechts und Rückerwerb des Sicherungsgegenstandes durch den Sicherungsgeber nach Veräußerung an einen Dritten .....	162
5.3 Drittwirkungen des voll wirksamen Sicherungsrechts .....	164
5.3.1 Das Rangverhältnis mehrerer vertraglicher Sicherungsrechte	164
5.3.2 Die Wirkung des einheitlichen Sicherungsrechts gegenüber sonstigen vertraglichen Rechten am Sicherungsgegenstand ..	172
5.3.3 Sicherungsgegenstände als Grundstücksbestandteile (fixtures)	175
5.3.4 Verbindung eines Sicherungsgegenstandes mit einer anderen Sache (accessions) .....	176

5.3.5	Verarbeitung und Vermischung (commingled goods) . . . . .	178
5.4	Rechte und Rechtsbehelfe der Parteien bei der Verwertung des Sicherungsgegenstandes (rights and remedies) . . . . .	180
6.	Kollisionsrecht . . . . .	184
7.	Kritik am OPPSA . . . . .	188

#### 4. Kapitel

### **Weitere Entwicklungen des kanadischen Mobiliarsicherungsrechts — der Model Uniform Personal Property Security Act** 192

1.	Der Anwendungsbereich des Model Act . . . . .	194
2.	Rangkonflikte . . . . .	195
3.	Erwerb von sonstigen Rechten am Sicherungsgegenstand . . . . .	196
4.	Die Stellung des Sicherungsgebers und des Drittschuldners . . . . .	197
5.	Abwicklung der Registrierung . . . . .	197
6.	Beseitigung von Unklarheiten . . . . .	198

#### 5. Kapitel

### **Rechtsvergleichende Untersuchung** 200

1.	Mobiliarsicherungsrechte im deutschen Recht — dogmatische Grundlage	200
1.1	Das Pfandrecht . . . . .	202
1.2	Der Eigentumsvorbehalt . . . . .	203
1.3	Die Sicherungsübereignung . . . . .	207
1.4	Die Sicherungsabtretung . . . . .	209
2.	Vergleich des einheitlichen Sicherungsrechts mit den deutschen Sicherungsformen . . . . .	210
2.1	Die Funktionalität des einheitlichen Sicherungsrechts und die Auswirkung der Reform auf die bisherigen Sicherungsformen . . . . .	210
2.2	Reformansätze in Deutschland — das Vertragspfandrecht des Lehmann-Entwurfs . . . . .	213
2.3	Die Bedeutung der Rechtsform für den Inhalt der Mobiliarsicherungsrechte . . . . .	214
2.4	Die Funktion des Eigentumsvorbehalts — der Eigentumsvorbehalt als Sicherungsgeschäft . . . . .	215
2.4.1	Die wirtschaftliche Funktion des Eigentumsvorbehalts . . . . .	217
2.4.2	Teilweise Anpassung des Eigentumsvorbehalts an die Sicherungsübereignung und das Pfandrecht . . . . .	217
2.4.3	Ergebnis . . . . .	219
2.5	Sicherungsrechte, die durch Leasing- und Kommissionsverträge entstehen . . . . .	220
2.5.1	Leasingverträge . . . . .	220
2.5.2	Kommissionsverträge . . . . .	222

3. Allgemeine dogmatische Einordnung der Rechtsstellung von Sicherungsgeber und Sicherungsnehmer .....	223
4. Die Begründung des Sicherungsrechts .....	231
4.1 Bestellungsvertrag und Bestellungsform .....	231
4.2 Die Individualisierung des Sicherungsgegenstandes .....	233
4.3 Das Sicherungsrecht und die gesicherte Forderung .....	234
4.3.1 Die Verknüpfung von Sicherungsrecht und Forderung .....	234
4.3.2 Die gesicherte Forderung .....	237
4.4 Publizität des Sicherungsrechts .....	239
4.4.1 Ursachen und Funktion des Publizitätserfordernisses nach dem OPPSA .....	239
4.4.2 Publizität im deutschen Recht .....	243
4.4.3 Einwände gegen eine Registrierung von Sicherungsrechten	244
4.4.4 Ergebnis .....	250
5. Sicherungsgegenstände .....	250
5.1 Wert- und Traditionspapiere, „Sicherungsrechtspapiere“ .....	250
5.2 Nacherworbene Gegenstände .....	253
5.3 Surrogate von Sicherungsgegenständen — Verlängerungsformen des Sicherungsrechts .....	254
5.4 Das Unternehmen als Sicherungsgegenstand — Sachgesamtheiten	257
6. Einschränkungen der Sicherungsmöglichkeiten .....	258
7. Rangkonflikte mehrerer Sicherungsrechte — Sicherungsrechte und sonstige Rechte .....	262
7.1 Zusammentreffen von Eigentumsvorbehalt/Sicherungsübertragung und Pfandrechten .....	264
7.2 Konkurrenz mehrerer Sicherungsübereignungen, Sicherungsübereignung/Eigentumsvorbehalt, Sicherungsrechte und sonstige Rechte	266
7.3 Mehrfache Forderungsabtretungen .....	268
7.3.1 Kollision von kreditsichernder Globalzession und verlänger-tem Eigentumsvorbehalt .....	269
7.3.2 Factoring und verlängerter Eigentumsvorbehalt .....	271
7.3.3 Stellungnahme .....	272
7.4 Kollisionen bei Verbindung, Vermischung und Verarbeitung ...	277
8. Die Verwertung des Sicherungsgegenstandes .....	278
<b>Ausblick</b> .....	282
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	284
<b>Verzeichnis der zitierten kanadischen, englischen und amerikanischen Entscheidungen</b> .....	300

## Abkürzungsverzeichnis

A.	=	Atlantic Reporter
a.A.	=	anderer Ansicht
A.B.D.A.	=	Assignment of Book Debts Act, R.S.O. 1970 Ch. 30
AbzG	=	Anfechtungsgesetz
A.C.	=	Law Reports, Appeal Cases
AcP	=	Archiv für die civilistische Praxis
aff'd.	=	affirmed
AGB	=	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGB-G	=	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen vom 31. 10. 1976
Albta	=	Alberta
Albta Law Rev.	=	Alberta Law Review
All. E.R.	=	All England Law Reports
A.L.R.	=	Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten (1794)
A.L.R.	=	American Law Reports Annotated
Am.Jl.	=	American Journal of Comparative Law
Comp.Law	=	American Journal of Comparative Law
AnfG	=	Abzahlungsgesetz
Anh.	=	Anhang
Anm.	=	Anmerkung
App.	=	Appendix
App. Div.	=	Appellate Division Reports, N. Y. Supreme Court
Art.	=	Artikel
Bankr. Act	=	Bankruptcy Act
BB	=	Der Betriebsberater
B.C.	=	British Columbia
B.C.C.A.	=	British Columbia Court of Appeal
B.C.-Entwurf	=	Entwurf eines Personal Property Security Act der Law Reform Commission of British Columbia
BoS	=	Bill of Sale
BoS Act	=	Bills of Sale Act
BoSchM Act	=	Bills of Sale and Chattel Mortgages Act
Buff. Law Rev.	=	Buffalo Law Review
B.U.L.Rev.	=	Boston University Law Review
Bus. Law.	=	Business Lawyer
C.A.	=	Court of Appeal
Cal. Civ. Code	=	California Civil Code
Cal. Ct. App.	=	California Court of Appeal
Can.	=	Canadian
Can. Abr.	=	Canadian Abridgment
Can. Bar Jl.	=	Canadian Bar Journal
Can. Bar Rev.	=	Canadian Bar Review
Can. Bus. L. Jl.	=	Canadian Business Law Journal
C.B.R.	=	Canadian Bankruptcy Reports
C.E.D.	=	Canadian Encyclopedic Digest (Ontario)
Ch.	=	Chapter
CH.	=	Law Reports, Chancery
CH. App.	=	Law Reports, Chancery Appeals

CH. D.	=	Law Reports, Chancery Division
Cir.	=	circuit
C.L.P.A.	=	Conveyancing and Law of Property Act, R.S.O. 1970 Ch. 85
Col. L. Rev.	=	Columbia Law Review
Com. L. Jl.	=	Commercial Law Journal
C. & P.	=	Carrington and Payne
C.P.A.	=	Consumer Protection Act, R.S.O. 1970 Ch. 82
C.S.A.	=	Conditional Sales Act, R.S.O. 1970 Ch. 76
C.S.R.A.	=	Corporation Securities Registration Act, R.S.O. 1970 Ch. 88
Cout. S.C.	=	Notes of Unreported Cases, Supreme Court of Canada (Coutlee)
DB	=	Der Betrieb
D.C.	=	Divisional Court
Dec.	=	December
DJT	=	Deutscher Juristentag
D.L.R.	=	Dominion Law Reports
DRiZ	=	Deutsche Richterzeitung
ed.	=	edition
Eliz.	=	Elizabeth
E.R.	=	English Reports, Full Reprint
Equ.	=	Equity Reports
F.	=	Federal Reporter
Fn.	=	Fußnote
Geo.	=	Georg
GG	=	Grundgesetz
Gr.	=	Upper Canada Chancery (Grant)
GRLu	=	Gesetz über Rechte an Luftfahrzeugen
Harv. L. Rev.	=	Harvard Law Review
HGB	=	Handelsgesetzbuch
H.L.	=	House of Lords
H.L.C.	=	House of Lords Cases
IPR	=	Internationales Privatrecht
I.R.	=	Irish Reports
IT-(Zahl)	=	Richtlinien des kanadischen Finanzministeriums
i.V.m.	=	in Verbindung mit
Jl.	=	Journal
JR	=	Juristische Rundschau
JuS	=	Juristische Schulung
JW	=	Juristische Wochenschrift
JZ	=	Juristen-Zeitung
K.B.	=	Law Reports, King's Bench
KO	=	Konkursordnung
KTS	=	Konkurs-Treuhand- und Schiedsgerichtswesen
Law & Cont.		
Prob.	=	Law and Contemporary Problems
Lanc. L.R.	=	Lancaster Law Review
Ld. Raym	=	Lord Raymond's English King's Bench Reports
L. Ed.	=	Lawyers Edition, United States Supreme Court Reports
L.J. CH.	=	Law Journal, New Series, Chancery
L.J. P.C.	=	Law Journal, Privy Council
L.M.	=	Lindenmaier-Möhring, Nachschlagwerk des BGH
L.R.	=	Law Reporter
Ltd.	=	Limited

Man.	=	Manitoba
Man. R.	=	Manitoba Law Reports
Mass.	=	Massachusetts Reports
Md.	=	Maryland Reports
MDR	=	Monatsschrift für Deutsches Recht
M.L.R.	=	Modern Law Review
Motive	=	Motive zu dem Entwurf eines BGB, amtliche Ausgabe, 5 Bde. (1888)
Model Act	=	Model Uniform Personal Property Security Act
M.P.R.	=	Maritime Provinces Reports
MPPSA	=	Manitoba Personal Property Security Act, Statutes of Manitoba 1973 Ch. 5
N.B.	=	New Brunswick
N.E.	=	North Eastern Reporter
Nfld.	=	Newfoundland
NJW	=	Neue Juristische Wochenschrift
No, Nr.	=	Nummer
N. & P.E.I.R.	=	Newfoundland and Prince Edward Island Reports
N.S.	=	New Series
N.S.R.	=	Nova Scotia Reports
N.S.S.C.	=	Nova Scotia Supreme Court
N.W.T.	=	North-West Territory
N.Y.S.	=	New York Supplement
N.Y.U.L.Q.	=	New York University Law Quarterly Review
Rev.	=	New York University Law Quarterly Review
O.A.R.	=	Ontario Appeal Reports
OLG	=	Oberlandesgericht
O.L.R.	=	Ontario Law Reports
Ont.	=	Ontario
Ont. C.A.	=	Ontario Court of Appeal
OPPSA	=	Ontario Personal Property Security Act, R.S.O. 1970 Ch. 344
O.R.	=	Ontario Reports
O.W.N.	=	Ontario Weekly Notes
O.W.R.	=	Ontario Weekly Reporter
P.	=	Pacific Reporter
PachtKreditG	=	Pachtkreditgesetz
P.P.S.A.C.	=	Personal Property Security Act Cases (mitgeteilt von McLaren, Secured Transactions in Personal Property in Canada)
Q.B.	=	Queen's Bench Reports; Law Reports, Queen's Bench
Q.B.D.	=	Law Reports, Queen's Bench Division
Que. K.B.	=	Quebec Official Reports (King's Bench)
Que. S.C.	=	Quebec Official Reports (Superior Court)
RabelsZ	=	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
Rev.	=	Review
RG	=	Reichsgericht
RGBl.	=	Reichsgesetzblatt
RGRK	=	Kommentar von Reichsgerichtsräten
RGZ	=	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
R.S.A.	=	Revised Statutes of Alberta
R.S.B.C.	=	Revised Statutes of British Columbia
R.S.C.	=	Revised Statutes of Canada
R.S. Man.	=	Revised Statutes of Manitoba

R.S.O.	=	Revised Statutes of Ontario
Rvgl.	=	Rechtsvergleichend
Russ.	=	Russel's Election Cases
Rz.	=	Randziffer
S.	=	Seite
Sec.	=	Section(s)
s.	=	siehe
Sask.Bar.Rev.	=	Saskatchewan Bar Review
Sask. L.R.	=	Saskatchewan Law Reports
S.C.	=	Supreme Court
S.C.R.	=	Canada Supreme Court Reports
S.Ct.	=	Supreme Court Reporter
S.G.A.	=	Sale of Goods Act, R.S.O. 1970 CH. 421
SchiffsG	=	Gesetz über Rechte an eingetragenen Schiffen und Schiffsbauwerken
s.o.	=	siehe oben
SPPSA	=	Saskatchewan Personal Property Security Act
Stat.	=	Statute
Stat. Man.	=	Statutes of Manitoba
Stat. Ont.	=	Statutes of Ontario
Stat. S.	=	Statutes of Saskatchewan
S.U.C.	=	Statutes of Upper Canada
Temple Univ.		
L.Q.	=	Temple University Law Quarterly
T.L.R.	=	Times Law Reports
u.a.	=	und andere
U.B.C.		
Law Rev.	=	University of British Columbia Law Review
UCC	=	Uniform Commercial Code
UCC Rptg.		
Serv.	=	Uniform Commercial Code Reporting Service
U.C.Q.B.	=	Upper Canada Queen's Bench
U.C.S.A.	=	Uniform Conditional Sales Act
U.C.S.A. (U.S.)	=	Uniform Conditional Sales Act, United States
U.N.B.L. Jl.	=	University of New Brunswick Law Journal
Uniform Act	=	Uniform Personal Property Security Act
U.Pa.L.Rev.	=	University of Pennsylvania Law Review
UPPSA	=	Uniform Personal Property Security Act
U.S.	=	United States
U.S.	=	United States Reports
U.S.C.	=	United States Code
U.S.C.A.	=	United States Code Annotated
U.T.F.L.Rev.	=	University of Toronto Faculty of Law Review
U.T.L.J.	=	University of Toronto Law Journal
UTRA	=	Uniform Trust Receipt Act
VglO	=	Vergleichsordnung
Vol.	=	Volume
Wash.	=	Washington's Reports
WG	=	Wechselgesetz
W.L.R.	=	Weekly Law Reports
W.L.R.	=	Western Law Reports
WM	=	Wertpapier-Mitteilungen, Teil IV, Wertpapier- und Bankfragen
Wm. and Mary		
Law Rev.	=	William and Mary Law Review
W.W.R.	=	Western Weekly Reports

Yale L.J.	=	Yale Law Journal
ZAkDR	=	Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht
ZHR	=	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
zit.	=	zitiert
ZPO	=	Zivilprozeßordnung
ZSchweizR.	=	Zeitschrift für Schweizerisches Recht
ZZP	=	Zeitschrift für Zivilprozeß

## Einführung

Im April 1967 wurde der Ontario Personal Property Security Act (OPPSA) verabschiedet, der das Mobiliarsicherungsrecht der Provinz Ontario grundlegend reformierte und den Anstoß zu ähnlichen Reformbemühungen in den anderen Provinzen Kanadas gab.

Das Recht der Mobiliarsicherheiten<sup>1</sup> beruhte in Kanada vor Schaffung der hier darzustellenden Reformgesetze nicht nur auf dem Common Law, sondern auch auf einer Vielzahl von Einzelgesetzen, die größtenteils gegen Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts in den Provinzen Kanadas erlassen wurden. Diese Gesetze erfuhren bis heute zahlreiche Änderungen und Neufassungen. Man versuchte, sie den Bedürfnissen des heutigen Wirtschaftslebens anzupassen, ohne daß im Ergebnis mehr als ein unübersichtliches, kompliziertes Flickwerk<sup>2</sup> voller Fußangeln für alle Beteiligten herausgekommen wäre.

Im ersten Kapitel sollen die historische Entwicklung, der Regelungsbereich und die Struktur der Gesetze und Sicherungsinstitute umrissen werden, die das kanadische Mobiliarsicherungsrecht wesentlich bestimmten und teilweise noch heute maßgeblich sind. Damit soll einmal das Bedürfnis für eine Reform des Sicherungsrechts transparent gemacht werden. Zum anderen sollen die Wertungen und Inhalte aufgezeigt werden, die als Fundamente des sicherungsrechtlichen Verständnisses auch in die Reformgesetze eingeflossen sind.

Es muß hinzugefügt werden, daß es natürlich ein „kanadisches“ Sicherungsrecht wegen des im British North America Act<sup>3</sup> niedergelegten Zusammenspiels der Gesetzeskompetenzen von Bund und Provinzen nicht geben kann. Denn die Provinzen sind es, denen nach Art. 92 Nr. 13 B. N. A. die Kompetenz zusteht, „property“ innerhalb ihres Staatsgebiets zu regeln. Demgegenüber erstreckt sich die Bundeskompetenz auf einige spezifische, für das Sicherungsrecht höchst bedeutsame Bereiche wie „Bankwesen“, „Konkurrenzrecht“, „Wertpapiere“, „Pa-

---

<sup>1</sup> Als „Mobiliarsicherheiten“ werden hier alle Sicherheiten an personal property bezeichnet. Personal property umfaßt nicht nur bewegliche Sachen, sondern auch Forderungsrechte (choses in action). Dazu *Riesenfeld*, Festschrift Ballerstedt, S. 471, Fn. 7.

<sup>2</sup> *Feltham* in (1965) 15 U.N.B.L.Jl., S. 3: „herausragende Konfusion“; *Catzman*, (1964) 7 Can. Bar Jl., S. 279: „Dschungel“.

<sup>3</sup> R.S.C. 1970 App. III (B.N.A.).

tente und Warenzeichen“<sup>4</sup>. Um das „kanadische“ Mobiliarsicherungsrecht darzustellen, wäre deshalb eine Zusammenstellung der in den einzelnen Provinzen geltenden, in Ausdruck und technischen Einzelheiten teilweise unterschiedlichen Einzelgesetze notwendig. Da die Gesetze jedoch von der Substanz her bis auf das Recht Quebecs, das hier gänzlich außer Betracht bleiben soll, übereinstimmen, bleibt die Darstellung zunächst auf das Recht Ontarios beschränkt. Dieses Recht soll deshalb Ausgangspunkt der Untersuchung sein, weil Ontario mit der Verabschiedung des OPPSA die Weichen für eine Reform des Sicherungsrechts in ganz Kanada gestellt hat und von hier aus wesentliche Impulse für die Schaffung eines „Uniform Personal Property Security Act“ ausgingen. Hinzu kommt, daß das Recht in Ontario vor der Reform als typisch für die Common Law-Provinzen Kanadas angesehen werden kann, weil es frei ist von Eigentümlichkeiten<sup>5</sup>, die in anderen Provinzen zu finden sind.

Am OPPSA interessiert aus deutscher Sicht nicht nur der Versuch einer grundlegenden Reform des Mobiliarsicherungsrechts, sondern auch der Prozeß der Adaption einer in einer anderen Rechtsordnung entstandenen Sicherungsrechtskonzeption in ein Recht, das zwar auf die gleichen Wurzeln des Common Law zurückgeht, aber gerade im Bereich des Mobiliarsicherungsrechts vom amerikanischen Recht beachtlich abweicht. Deshalb sollen im zweiten Kapitel die Grundprinzipien von Art. 9 UCC, der für die Verfasser des OPPSA Modellcharakter hatte, skizziert werden, während in Kapitel III die Beschreibung des Mobiliarsicherungsrechts nach dem OPPSA folgt. Das vierte Kapitel ist den weiteren Reformbestrebungen in Kanada, insbesondere dem „Uniform Personal Property Security Act“ gewidmet.

Im fünften Kapitel sollen die Regelungen und Wertungen des OPPSA dem deutschen Recht gegenübergestellt werden, das in seinem jetzigen Zustand in mancher Hinsicht mit dem Recht Ontarios vor Verabschiedung des OPPSA vergleichbar ist.

---

<sup>4</sup> B.N.A. Art. 92 Nr. 15, 18, 21, 22, 23.

<sup>5</sup> Vgl. den Begriff der „lien note“ in Manitoba (Lien Note Act, R.S. Man. 1970 Ch. L 140) oder das Fehlen einer Registrierungspflicht in den „Maritime“-Provinzen.

## *Erstes Kapitel*

### **Das Mobiliarsicherungsrecht Ontarios vor der Reform**

#### **1. Historische Entwicklung, Regelungsbereich und Struktur der Gesetze zur Sicherung von Forderungen durch Mobiliarsicherungsrechte**

##### **1.1 Bills of Sale and Chattel Mortgages Act (BoSchM Act)<sup>1</sup>**

Im Ausgangspunkt der Rechtsentwicklung<sup>2</sup> überall im anglo-amerikanischen Bereich bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts kamen als Sicherungsrechte nur die mortgage an Grundstücken und das Faustpfand<sup>3</sup> in Frage<sup>4</sup>. Gesetze, die sich mit besitzlosen Sicherungsrechten befaßten, wurden für den Bereich „Upper Canada“<sup>5</sup> erstmals im Jahre 1849 erlassen<sup>6</sup>, womit man britischen Vorbildern folgte<sup>7</sup>. Der erste BoSchM Act Ontarios stammt aus dem Jahre 1878.

Diese Gesetze sollten einerseits potentielle Gläubiger schützen, die im Vertrauen auf die Verwertbarkeit von im Besitz des Kreditnehmers befindlichen Sachen diesem Kredit gewährten, andererseits wurden erst durch sie Sicherungsrechte ohne Besitzaufgabe des Sicherungsgebers als allgemeine Sicherungsform möglich. Denn bis dahin hatte sich ein Gläubiger, dessen Kredit durch chattel mortgage gesichert war und der seinen Sicherungsgegenstand nicht im Besitz hatte, mit der in *Twyne's Case*<sup>8</sup> aufgestellten Betrugsvermutung auseinanderzusetzen; diese ergab sich aus einer Auslegung des im Statute of 13 Eliz.<sup>9</sup> nieder-

<sup>1</sup> R.S.O. 1970 Ch. 45.

<sup>2</sup> Zur Geschichte der Sicherungsrechte in Kanada siehe *Catzman, Law Developments*, S. 26 ff.

<sup>3</sup> Daneben gab es allerdings schon frühzeitig Zurückbehaltungsrechte (lien), für deren Entstehung ebenfalls Besitzerlangung Voraussetzung war, s. *Catzman, Law Developments*, S. 27.

<sup>4</sup> *Gilmore, Security Interests*, S. 24.

<sup>5</sup> „Upper Canada“ umfaßte die heutigen Provinzen westlich von Quebec.

<sup>6</sup> S.U.C. Ch. 74 („An Act Requiring Mortgages of Personal Property to be Filed“).

<sup>7</sup> Bill of Sale Act 1854.

<sup>8</sup> (1601) 3 Co. Rep. 80 b, 76 E. R. 809.

<sup>9</sup> Ch. 5 (1571).